

info



Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen – Berlin

Vier Millionen Menschen bei Versorgungsbetrieben im Rückstand

Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.9.2025 stellt das Begleichen von Strom- oder Gasrechnungen für rund 4,2 Mio. Menschen in der Bundesrepublik eine echte finanzielle Herausforderung dar. Denn die Betroffenen lebten im Jahr 2024 nach eigenen Angaben in Haushalten, die bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben wie etwa Strom- oder Gasanbietern im Zahlungsverzug waren. Das entspricht einem Anteil von 5,0 % der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt auf Grundlage einer Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilt. Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Anteil auf ähnlicher Höhe: Im Jahr 2023 hatten 5,4 % der Bevölkerung Zahlungsrückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben.

Hinweis: Diese Ergänzung zum A-Info erscheint unregelmäßig. Sie geht ganz bewusst nicht an den üblichen Verteiler, sondern nur an die Abonnenten und Mitglieder des Fördervereins, die uns finanziell unterstützen!

Impressum: V.i.S.d.P.: Hartwig Erb (Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.); Text: Rainer Timmermann; Foto und Diagramm: KOS.

Bei den Betroffenen handelt es sich vor allem um Mieter innen und Mieter. Diese sind gegenüber Menschen aus Eigentümerhaushalten doppelt so oft von Zahlungsrückständen bei den Versorgern betroffen.

Nicht nur für das Zahlen von Strom- oder Gasrechnungen reicht für viele das Geld nicht. Auch unerwartet anfallende Ausgaben beispielsweise für die Reparatur oder den Austausch defekter Haushaltsgeräte können Haushalte vor Schwierigkeiten stellen. Knapp ein Drittel (32,2 %) der Bevölkerung lebte im Jahr 2024 in Haushalten, welche aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht dazu in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten. Als unerwartet anfallende Ausgabe galt dabei eine Summe in Höhe von mindestens 1 250 Euro.

Auch Nebenkosten und Nebenkostennachzahlungen bedeuten für viele Mieterinnen und Mieter eine finanzielle Belastung. Die Preise für Wohnungsnebenkosten sind überdurchschnittlich gestiegen: Diese lagen im August 2025 um 4,0 % höher als im Vorjahresmonat. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise insgesamt nahmen im selben Zeitraum um 2,2 % zu. Zu den Wohnungsnebenkosten zählen die Kosten für die Müllabfuhr,

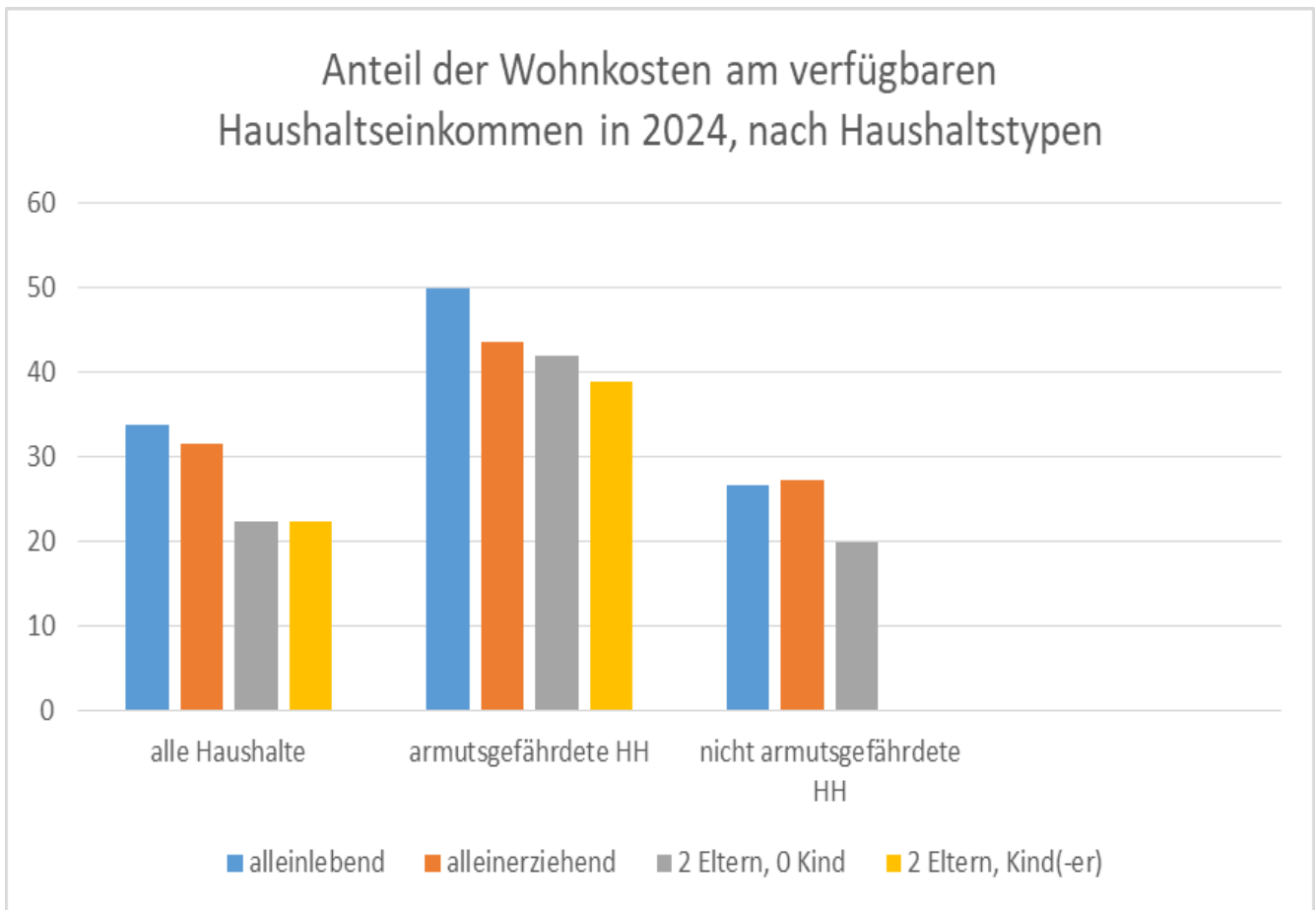
Elektronische Beilage und Nachtrag zum A-Info Nr. 225 von März/ April 2026

die Wasserversorgung, die Gebäudereinigung, die Wartung von Aufzügen sowie weitere Aufwendungen.

Für Haushaltsenergie mussten Verbraucherinnen und Verbraucher zuletzt hingegen weniger bezahlen: Die Preise für Energieträger wie Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme oder feste Brennstoffe wie Holz und Kohle waren im August 2025 um 2,3 % niedriger als im Vorjahresmonat. Im Zuge der Energiekrise waren die Preise für Haushaltsenergie insbesondere im Jahr 2022 jedoch stark angestiegen. Sie seien auch weiterhin als hoch zu beurteilen, so das Statistische Bundesamt.



Rasant steigende Mieten fördern die Entstehung von Armut!



Hinweise:

- Alle Angaben in Prozent.

- Als „armutsgefährdet“ gelten im Rahmen dieser Statistik alle Haushalte, die weniger als 60% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren, gleich großen Haushalts zum Leben zur Verfügung haben.

Bewertung: Haushalte mit alleinstehenden Menschen in der Bundesrepublik müssen etwa ein Drittel ihres verfügbaren Einkommens für die Miete, die Mietnebenkosten und die Heizung aufbringen. Gleiches gilt in etwa auch für Alleinerziehenden-Haushalte. Armutsgefährdete Haushalte müssen sogar noch mehr aufbringen. Von Armut bedrohte Single-Haushalte müssen z. B. rund die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Wohnkosten aufbringen!

Die obige Statistik verdeutlicht nicht nur, wie sehr die Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens die Chancen auf eine neue oder bessere Wohnung am deutschen Wohnungsmarkt beeinflusst. Die Zahlen weisen auch darauf hin, dass die Geschwindigkeit der Mietsteigerungen gerade im Bereich der preisgünstigeren Wohnungen inzwischen selbst zu einem Treiber der Armutsentwicklung geworden ist.